

# Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

## Anzeiger



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.  
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gatzengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Gatzberg, Grumbach, Kirchheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilfenbrand, Grüna, Mittelberg, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

erschient jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 16.50 Mk., monatlich 5.50 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 18.10 Mk., monatlich 6.00 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.  
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.  
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 76 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Zwangswegiger Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 166

Dienstag, 19 Juli 1921

71. Jahrg.

### Die Drohung Briands

Das geradezu unerhörte, aller Wahrheit ins Gesicht schlagende Vorgehen des französischen Ministerpräsidenten Briand in der ober-schlesischen Frage hält heute alle politischen Kreise Europas in Spannung. Zunächst ist ersichtlich, daß England und Italien von dem eigenmächtigen Schritte Briands nicht in Kenntnis gesetzt wurden und daß dort gewaltige Verstimmung und Verlegenheit über das neue Abenteuer herrscht, in das die französische Macht- und Nachpolitik die beiden Staaten verwickeln möchte. Wenn Briand behauptet, daß Truppenverstärkungen notwendig geworden seien, weil von Angehörigen des deutschen Selbstschutzes Morde und sonstige Verfehlungen gegenüber französischen Offizieren verübt worden seien, so handelt es sich hier um eine jener schamlosen Briand'schen Lügen, auf denen die ganze französische Deutschlandpolitik aufgebaut ist. Briand scheint immer noch nicht zu wissen, daß der französische Major in Beuthen von einem Polen oder Franzosen, jedenfalls von einer französischen Gewehrpatrone, getötet worden ist. Aber dem lägerischen Herrn Briand kommt es selbstverständlich auf eine Lüge mehr oder weniger nicht an.

Man weiß, daß der vierte Polenaufrührer in Vorbereitung ist. Der dritte Polenaufrührer war nicht allein das Werk Korjantys und der polnischen Regierung, sondern vor allem das Werk Veronids, des Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oppeln. Die Durchführung des dritten Polenaufrührers hat sich nur ermöglichen lassen infolge der offenen Unterstützung der französischen Truppen zugunsten des polnischen Militärs, das durchaus mißverständlich als Infanterietruppe bezeichnet wurde. Der dritte Polenaufrührer wird beilege — sofern man überhaupt von einer Beendigung sprechen kann — durch das Eingreifen Englands, das Verstärkungen nach Oberschlesien sandte, die allerdings durch den französischen General Lerond zum größten Teil unwirksam gemacht wurden. Aber die Tatsache des englischen Eingreifens genügt zunächst, daß Frankreich durch General Veronid den Polen die Weisung gab, sie möchten sich vorläufig auf einen sogenannten Rückzug begeben und das weitere in Ruhe abwarten, bis der Zeitpunkt eines neuen Aufstandes gekommen sei, der Aussicht auf bessere Erfolge biete. Dieser vierte Polenaufrührer ist im Verlaufe der letzten Woche aufs kräftigste vorbereitet worden, und Frankreich hat jetzt zugunsten Polens die neue große Aktion eingeleitet, die sich aus der letzten französischen Note an Deutschland ergibt: nämlich außerordentlich große französische Truppenverstärkungen nach Oberschlesien gebracht, die selbstverständlich einzeln und allein den Zweck verfolgen, die Durchführung des vierten Polenaufrührers zu garantieren. Zu diesem Zwecke verlangt Frankreich, daß Deutschland sämtliche ober-schlesischen Selbstschutzorganisationen von der ober-schlesischen Grenze fernhält, damit Frankreich und Polen ungehindert durch General Höfer das ober-schlesische Gebiet nach den französisch-polnischen Wünschen aufteilen können. Etwas anderes bedeuten die Forderungen der französischen Regierung an Deutschland nicht. Wir sollen zusehen, wie bei einem vierten Polenaufrührer Frankreich in Oberschlesien seine für Polen übernommenen Verpflichtungen ungehindert als beim dritten Aufstand erfüllt.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist die französische Note an Deutschland zu bewerten. In der englischen Presse macht sich ein Widerspruch gegen die Briand'sche Lüge- und Vergewaltigungspolitik in Oberschlesien geltend. Das liberale Blatt „Daily News“ sagt, es falle den Freunden Frankreichs schwer, die französische Stellungnahme gegenüber Oberschlesien ohne Beunruhigung mitanzusehen und im „Daily Telegraph“ wird ausgeführt, daß die Briand'sche Darstellung der Verhältnisse in Oberschlesien „eine Entstellung“ sei. Inzwischen ist von Frankreich erreicht worden, daß die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage durch den Obersten Rat vertagt wird. Es ist kaum anzunehmen, daß England dieser neuesten auf eigene Faust betriebenen Politik des Lügen-Briand ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen wird. Dazu ist das ganze Spiel, das in Oberschlesien getrieben wird, zu durchsichtig. Will man die Lage in Oberschlesien noch weiter mit einigen Strichen kennzeichnen, so genügt der Hinweis, daß in der Merkelen „Schles. Volkszeitung“ die unverzügliche Autonomisierung der ober-schlesischen „als letztes Mittel zur Rettung des Landes vor innerem Zerfall und vor der Vernichtung seiner Industrie“ von der Reichsregierung

gefordert wird. Bekanntlich ist in dieser Beziehung die Lage folgendermaßen: Nach der endgültigen Entscheidung über Oberschlesiens Zugehörigkeit zum Reich sollte in Oberschlesien entsprechend dem Beschluß der Regierung und des Reichstages eine Volksbefragung darüber stattfinden, ob Oberschlesien preußische Provinz bleiben oder ob es selbständiger Bundesstaat innerhalb des Reiches werden sollte. Die Volksbefragung wurde seinerzeit vom Zentrum als selbstverständliche Voraussetzung für die Loslösung Oberschlesiens von Preußen angesehen. Die jetzige Forderung des Breslauer Hauptorgans des schlesischen Zentrums beweist, daß das Zentrum auch in dieser Beziehung umzufallen beginnt. Als Begründung wird im genannten Blatte angeführt, daß bedeutende Teile der bodenständigen ober-schlesischen Bevölkerung, an ihrer Spitze große Massen der Grubenarbeiter, bereit seien, mit allen Mitteln die Rückkehr von Oberschlesien zu Preußen zu verhindern. Deshalb sei die Autonomisierung (ohne Abstimmung) unverzüglich notwendig. Es erscheint recht gefährlich, in diesen Zeiten schwerer Kämpfe in Oberschlesien auch diese Frage wieder zum Streitpunkt zu machen.

Aber das ganze beleuchtet den Wirrwarr und das politische Durcheinander in Oberschlesien, von dem dieses unglückliche Land zerrissen wird.

### Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers?

Die „Berliner Montagspost“ gibt die Meldung wieder, Reichskanzler Dr. Wirth habe dem englischen Botschafter gegenüber Rücktrittsabsichten geäußert. Das auswärtige Amt konnte zu dieser Meldung keine ausreichende Auskunft geben. Man erklärt, daß es richtig sei, daß der Reichskanzler dem englischen Botschafter gegenüber mehrfach die Wichtigkeit der ober-schlesischen Frage betont habe und daß aus dieser ersten Betonung der Lage der Regierung, wenn die erwartete Entscheidung nicht bald falle, wahrscheinlich diese Meldung entstanden sei.

### Was tut Herr Wirth?

In Berliner Regierungskreisen ist man der Meinung, daß sich Briand mit seiner Drohung in der Hansumnummer geirrt habe. Die Note hätte in Warschau eingebracht werden müssen. Bisher haben drei polnische Aufstände stattgefunden. Immer ist von deutscher Seite die französische Regierung vorher darauf aufmerksam gemacht worden, doch ist es französischerseits bei den Polen niemals zu Schritten gekommen, wie die jetzt in Berlin unternommenen. Regierungseitig wird der Inhalt der Note Briands sorgfältig geprüft und alsbald eingehend beantwortet werden. Einige Zeit wird darüber aber immer noch vergehen, da die nötigen Unterlagen für die ausführliche Antwortnote beschafft werden müssen. Was der eigentliche politische Hintergrund des neuen französischen Vorstoßes ist, läßt sich nicht wohl sagen, da die Lage durchaus undurchsichtig ist. Der englische und der italienische Botschafter haben die Note bisher nicht unterzogen. Ein jüdisches politisches Blatt spricht klar aus, daß die Verschlebung der Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens schon einmal Aufstandsurache gewesen und daß bei einer weiteren Verschlebung mit einem abermaligen Aufstand zu rechnen sei.

### Briand gibt Wirth auf!

In den maßgebenden französischen Kreisen wird die scharfe Wendung gegen das Kabinett Wirth, die in der ober-schlesischen Note zum Ausdruck kam, darauf zurückgeführt, daß Briand das Kabinett Wirth aufgegeben hat. Die Breslauer Rede und die Auslassungen Schillers hätten Briand zu der Überzeugung gebracht, daß Wirth ihm doch nicht so folge, wie er glaubte. Die Argumente in der ober-schlesischen Note hätten den Zwang gehabt, den Verbündeten darüber die Augen zu öffnen, daß Frankreich unter keinen Umständen gewillt sei, die Sache Polens aufzugeben. Zu der Entsendung einer französischen Division nach Oberschlesien wird noch bemerkt, daß England nicht in der Lage ist, Truppen nach Oberschlesien frei zu machen. Man wisse in England auch, daß die ober-schlesische Frage unter Verbündeten doch nur nach der Initiative der französischen Regierung gelöst werde, deren Politik augenblicklich die Forderung stelle, bestimmte und umgrenzte Begriffe zu formulieren, weil das Kabinett Wirth, das vom Schalten der Vergänglichkeit gezeichnet sei, keine Garantie für die Zukunft biete. Die französische Regierung glaube

die Macht zu haben, auch einem nationalistischen deutschen Kabinett ihren Willen aufzuzwingen.

### England und die französischen Winkelfüge.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die französische Antwort auf das englische Ersuchen, betreffend die Einberufung des Obersten Rates zur Regelung der ober-schlesischen Frage, hat in amtlichen Londoner Kreisen große Verstimmung hervorgerufen. Die Pariser Meldung, daß Briand den englischen Vorschlag wegen Ernennung eines Sachverständigen-ausschusses angenommen habe, wird hier als sonderbar angesehen, weil es sich dabei tatsächlich um einen Vorschlag Briands handelt. Ein solcher Ausschuss könne seine Aufgabe schwerlich bis Ende des Monats erfüllen. Der Gedanke, die Lösung der Frage bis zum September aufzuschieben, werde in England für sehr gefährlich gehalten. Zweifellos seien die englischen Resolutionen, welche der Auswärtige Ausschuss der französischen Kammer angenommen hat, der Anlaß zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten, da sie eine Verlegenheit für die französische Regierung bildeten. Ebensoviele wie die ober-schlesische Frage könnte die Frage der Zwangsmassnahmen am Rhein aufgeschoben werden.

### Verstärkung der französischen Truppenmacht.

Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat, wie aus Mainz gemeldet wird, aus Paris den Befehl erhalten, eine seiner Infanterie-Divisionen mit Kavallerie zum Abtransport nach Oberschlesien bereit zu halten und die Verbindung zu trennen. Als Ersatz für die nach Oberschlesien abzugehende Division ist dem Oberkommando eine französische Division zur Verfügung gestellt worden. Wahrscheinlich geht die 15. französische Division, die in der Gegend von Duisburg steht, nach Oberschlesien. Gleichzeitig wird aus Oppeln mitgeteilt, daß auch dort beim französischen Stab der Interalliierten Kommission nähere Weisungen für die Verstärkung der im Abstimmungsgebiet stehenden französischen Truppen eingetroffen sind. Die neu eingetroffenen Truppen sollen in der Gegend von Oppeln zur Verfügung des Generals Lerond bereitgestellt werden, während die 46. französische Division zur Befehlsgebung des den Franzosen zugewiesenen Abschnittes verwandt wird. Beide Divisionen sollen unter einem Truppenstab zusammengefaßt werden, der in Oppeln verbleibt, und nach einer Lesart ebenfalls aus dem Rheinlande gestellt, nach einer anderen in Frankreich neu gebildet werden soll. Als Truppenkommandant wird General Weygand genannt. Die französischen Truppenverstärkungen sind auf Anforderung des Generals Lerond zurückzuführen, der sie angesichts der englischen Truppenverstärkungen und des selbstbewußten Auftretens der Engländer und des Generals Frenckner zur Stärkung des französischen Ansehens für erforderlich erklärt. Man vertritt französischerseits den Standpunkt, daß je größer das von einer Macht gestellte Truppenkontingent sei, um so größer auch der diejenige zugewiesene Befehlshaber sein müsse, und hofft, auf diese Weise die Italiener auf einen ganz kleinen Raum links der Oder zu beschränken, die Engländer aber wieder auf den von diesen besetzten Teil des ober-schlesischen Industriegebietes auszubehalten und sie in die Kreise Posenberg und Lublitz verschieben zu können.

### England gegen eine Verstärkung der ober-schlesischen Besatzung.

Die „Sunday Times“ nennt die letzte französische Note eine Erklärung der Haltung Frankreichs bezüglich Oberschlesiens, die eine Vertagung der Zusammenkunft des Obersten Rates wahrscheinlich mache. In englischen offiziellen Kreisen wird erklärt, daß eine Vermehrung der englischen Truppen in Oberschlesien nicht möglich sei. England könne Briands Wunsch, weitere Verstärkung nach Oberschlesien zu senden, nicht stattgeben, weil ihm diese nicht zur Verfügung steht. Von den 250.000 Mann, die England heute unter Waffen habe, ständen 10.000 Mann in England, 45.000 Mann in Irland, 15.000 Mann am Rhein, 40.000 Mann in Oberschlesien, der Rest in Konstantinopel, Ägypten, Mesopotamien, Indien oder anderen Teilen des britischen Weltreiches.

### Eine wilde Sehrede des Generals Gratier.

Bei der Beerdigung des anlässlich der Beuthener Unruhen erschossenen französischen Majors Moutegre sagte der General Gratier in der Trauerrede, wie erst jetzt bekannt wird, u. a. auch: Soldaten! Ich hoffe, wir werden von dieser unglücklichen Stätte bald abfahren können. Bis zu diesem Augenblicke bleibt Ihr Soldaten, würdige Soldaten Frankreichs, auch zwischen den rohen Bestien, zwischen denen wir zu leben gezwungen sind. Der Deutsche immer feige und schlechend, wenn er Angst hat, aber brutal und wild, wenn er sicher ist, hat einem wilden Mörder die Waffe in die Hand gedrückt. Diese deutsche Rasse hat Belgien und Nordfrankreich verwüstet und unbewaffnete Städte bombardiert, Frauen und Kinder getötet und Spitalschiffe versenkt!

### Die deutschen Goldzahlungen.

Ueber die von Deutschland in Ausführung des Zahlungsplanes geleisteten Zahlungen wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht: Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine neue Zahlung im Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark in europäischen Werten geleistet. Die Zahlung wird zur Amortisierung der Reichsschulden verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausgehändigt worden sind.

Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Ausführung des genannten Artikels ist folgende: Zahlungen in Goldmarktratten auf 3 Monate Ende Mai übergeben 839.573.000 Barzahlung zur Vervollständigung der Milliarde 160.427.000, Gesamtsumme 1 Milliarde. Deutschland hat bis heute für die Amortisierung der Tratten die Summe von 114.949.690 Goldmark bezahlt mit Einfluß der soeben geleisteten Zahlung von 31 Millionen in Goldmark, wodurch die Gesamtsumme der Barzahlungen vom Mai ab auf 160.427.000 Goldmark = 114.949.690 Goldmark = 275.376.690 Goldmark gebracht ist. Die obigen Zahlungen bleiben eventuell keinen Veränderungen unterworfen. Außerdem hat die Kriegslieferungskommission soeben die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine abermalige Zahlung von 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten anbietet.

### Holland will den Goldkredit erweitern.

Nach einer Meldung des Amsterdamer „Telegraaf“ ist mit einer Erweiterung des Goldmilionen-Kredits an Deutschland zu rechnen. Das Blatt will erfahren haben, daß der an Deutschland gewährte Kredit von 150 Millionen Goldmark auf 200 Millionen Goldmark erhöht werden soll.

### Englischer Uebermut.

Ueber einen unglaublichen Vorfall englischen Uebermuts, der sich kürzlich in Bremen zugetragen hat und mit aller Deutlichkeit beweist, was uns unsere Feinde heute bieten dürfen, berichtet die „Weserzeitung“: Aus den Heeres- und Marinebeständen herrührendes Material, über dessen Handelsverwertbarkeit noch entschieden werden soll, wird gemäß den Abmachungen zwischen der deutschen und den feindlichen Regierungen den Alliierten Vertretern vorgeführt, um ihnen die Verwertungsmöglichkeit zu reinen Handelszwecken vor Augen zu führen, damit nicht unnötigerweise rein wirtschaftliche Werte unfruchtbarer Zerstörung verfallen. So schien unlängst bei einer Bremer Firma eine englische Kommission unter Führung des englischen Kommandanten Gordon, um Scheinwerfer Spiegel von 60 bis 110 Zentimeter Durchmesser zu beschichtigen. Die Spiegel lagen bereit und nach kurzer Reinsichtigung gab Gordon den Auftrag, sie sämtlich mit einem Hammer einzuschlagen. Die Arbeiter der Firma weigerten sich, diesem Anfinnen nachzukommen. Obgleich Gordon von deutscher Seite wiederholt und ernsthaft darauf aufmerksam gemacht worden war, daß die Spiegel auch für industrielle Zwecke verwertbar seien, zündete über andere Spiegel gleicher Art Kaufabschlüsse schwebten und obgleich ihm ein weiterer Offizier der englischen Kommission eindringlich auf das Verbot seiner Absicht aufmerksam machte, ergriff Gordon persönlich einen großen